

Der drohende Zusammenbruch der Kapitalakkumulation stellt die Systemfrage

TREND-Gespräch mit Robert Schlosser am 13.6. 2009,
15.00 - 18.00 Uhr im Stadtteil- & Infoladen LUNTE



Nieder mit dem Lohnsystem - für den Sozialismus. Heute - in der Krise - kommt es mehr denn je darauf, dass es den revolutionären Kräften gelingt, in den Klassenauseinandersetzungen eine sozialrevolutionäre Programmatik zu verankern. d.h. das Projekt einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu formulieren. Mit kühlem Kopf kämpfen, das heißt einen Durchblick durch die Strukturen des Lohnsystems der bürgerlichen Gesellschaft zu erlangen, um es aufheben zu können. In diesem Sinne wollen wir mit Robert Schlosser über seine Ansichten zur aktuellen Krise diskutieren.

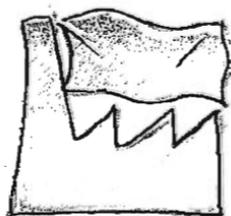
RED. TREND

TREND GESPRÄCHE VORANKÜNDIGUNG

Zwischen Mitte September und Mitte Oktober 2009

40 Jahre Septemberstreiks

Filme, Vorträge & Diskussionen



Robert Schlosser zur „Systemfrage“

Schon im Kapitalismus entwickeln sich verschiedene Formen von gesellschaftlichem oder Gemeineigentum. Dazu zählen so unterschiedliche Unternehmensformen wie Staatsunternehmen, Aktiengesellschaften (diese sind natürlich nur Gemeineigentum einer Gruppe von kapitalistischen Privateigentümern) oder genossenschaftliche Betriebe.

Die höchste Form dieser Art von Gemeineigentum ist zweifellos das Staatseigentum, aber es ist nur der Form nach gesellschaftliches Eigentum. Betriebe, die sich in Besitz des bürgerlichen Staates befinden, haben nichts zu tun mit wirklichem Gemeineigentum auf der Stufe nationalstaatlicher Vergesellschaftung, geschweige denn der heutigen Stufe der Internationalisierung. **Wirkliche Vergesellschaftung setzt immer eine Aneignungsbewegung der Masse der Lohnabhängigen voraus.** Solange ein solcher Wille und eine solche Bewegung der Lohnabhängigen nicht da ist, kann von einer wirklichen

Vergesellschaftung, die die soziale Emanzipation vollendet, nicht die Rede sein. Insofern könnte auch jede aktuelle Forderung etwa nach Vergesellschaftung der Banken oder nach Vergesellschaftung von Auto-Konzernen allenfalls zu einer formellen Vergesellschaftung führen.

Andererseits: Sofern einzelne Betriebe besetzt werden, um sie unter Leitung von gewählten Belegschaftsmitgliedern und unter Kontrolle von Belegschaftsversammlungen (vergl. Zanon), zu betreiben, findet tatsächliche Vergesellschaftung durch Aneignung statt, allerdings auf der sehr beschränkten Stufe eben eines einzelnen Betriebes. Es handelt sich um Aneignung im allgemeinen Milieu von Marktwirtschaft. Der Betrieb produziert sein Produkte weiterhin als Ware, mit allen spekulativen, unsicheren Konsequenzen, die das hat.

Man muss beides zusammenbringen, die Form des Staatseigentums mit der Selbstverwaltung in den Betrieben, die nur vollbracht werden kann durch aktive Aneignung. Die Belegschaften organisieren also quasi treuhänderisch die Produktion eines einzelnen Betriebes im Auftrage der Gesamtgesellschaft. Ferner muss man diese Formen des Eigentums und der Selbstverwaltung ergänzen um das Element einer demokratischen Planung der gesellschaftlichen Gesamtproduktion. Ohne eine solche demokratische Planung, in die alle selbstverwalteten Betriebe einbezogen sind, könnte nach wie vor nicht von einer gesellschaftlich kontrollierten materiellen Reproduktion die Rede sein, weil jeder Betrieb nach wie vor auf eigene Rechnung für den Markt produzieren würde. Allein mit einer solchen demokratischen Planung der Gemeinschaft genossenschaftlicher Betriebe könnte der Markt überwunden werden.

Die hier skizzierten Produktionsverhältnisse einer Übergangsgesellschaft zum Kommunismus hat es so noch nie gegeben, können also auch nicht als gescheitert gelten. (Elemente davon finden wir allenfalls in der jugoslawischen Arbeiter-selbstverwaltung.) Allein eine solche Perspektive könnte man durchaus mit Recht als „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Realsozialismus bezeichnen. Mit letzterem hätte er so gut wie nichts gemein, weil er einzig zu verwirklichen wäre durch die Klasse der Lohnabhängigen, die überwältigen Mehrheit der Menschen. Ihre Aneignungsbewegung wäre der Schlüssel zum Erfolg. Ein solcher Weg schließt jede Partei „bol-schewistischen Typs“ (Führungsanspruch) und deren verheerendes, entmündigendes, diktatorisches Wirken aus.

■ *Auszug aus seinem Artikel
„Der drohende Zusammenbruch der Kapital-
akkumulation stellt die Systemfrage“*

„Anders, als es in manch linksradikaler Publikation erscheint, ist die Veränderung der Produktionsverhältnisse nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.“

Robert Schlosser

Wirkliche Vergesellschaftung entsteht nicht neben Kapital und Staat, sondern durch Enteignung und Aneignung! Aneignung der Produktions- und Reproduktionsmittel (Fabriken, Schulen, Krankenhäuser etc.) verlangt politische Macht. Solange die Masse der Lohnabhängigen sich nicht für ihre soziale Emanzipation organisiert hat, kann sie die politische Macht nicht erobern, um auf gesellschaftlicher Stufenleiter den Ent- und Aneignungsprozess durchzusetzen. Und solange das so ist, müssen die kämpfenden Lohnabhängigen Forderungen an den bürgerlichen Staat stellen, damit elementaren Interessen wenigstens partiell Rechnung getragen wird. Sie kommen gar nicht darum herum, diese Forderungen an den Staat zu stellen, wenn sie denn für bestimmte Interessen kämpfen. Wenn sie nämlich kämpfen, verletzen sie auf die eine oder andere Weise die bestehende Rechtsordnung und ihr Kampf wird durch Repression bedroht. Sie sind gezwungen, wenigstens die Anerkennung und Legitimierung ihres Kampfes durch den Staat zu verlangen (etwa eines „wilden“ Streiks, einer Betriebsbesetzung, der Blockade einer Autobahn oder was auch immer)!

Jede Forderung an den bestehenden bürgerlichen Staat abzulehnen, das halte ich für eine wirklichkeitsfremde Position, die nur solange durchgehalten werden kann, wie eben kaum oder gar nicht gekämpft wird.

Forderungen an den bürgerlichen Staat müssen aber nicht nur gestellt werden, um den faktischen Rechtsbruch von kämpfenden Lohnabhängigen gesellschaftlich zu legitimieren, Repression abzuwenden, sie müssen auch gestellt werden, wenn man bereits auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft für Ziele kämpfen



will, die mit dem Bewegungsgesetz der Verwertung von Wert grundsätzlich nicht kompatibel sind und als gesicherter Bestand sozialen Lebens nur jenseits kapitalistischer Produktionsverhältnisse zu realisieren sind. Dazu gehört etwa die materielle Grundsicherung aller Menschen (mit bedingungslosem Grundeinkommen hat das nichts zu tun!). Für eine Änderung der

Produktionsverhältnisse werden Menschen nur in dem Maße kämpfen, wie die bestehende Ordnung bestimmten Grundbedürfnissen nicht gerecht wird und werden kann.

Anders, als es in manch linksradikaler Publikation erscheint, ist die Veränderung der Produktionsverhältnisse nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Sie dient einzig dazu menschliche Bedürfnisse (teils elementare Grundbedürfnisse, teils durch die gesellschaftliche Entwicklung geschaffene Bedürfnisse) besser befriedigen zu können, etwa dem Bedürfnis nach existenzieller Sicherheit, dem Bedürfnis nach vielseitigem Genuss, dem Bedürfnis nach Muße etc. Wo diese Bedürfnisse nicht oder nur sehr eingeschränkt befriedigt werden, entsteht das Verlangen nach Änderung, was zu der Erkenntnis führen kann, dass die bestehenden Produktionsverhältnisse die entscheidende Schranke für die Befriedigung dieser Bedürfnisse sind und daher verändert werden müssen. Das Verlangen nach Befriedigung dieser Bedürfnisse entsteht aber auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft, unab-

■ *Auszug aus seinem Artikel
„Zanon, Nokia und die Perspektiven“*

Der Frage nachzugehen, wie das Wertgesetz sich durchsetzt (Marx), davon findet man bei den Theoretikern des Grundwiderspruchs nichts. Sie hat allenfalls noch interessiert, wie intensiv ausgebeutet und angeeignet wird und wie ausufernd sich Herrschaft entwickelte. Im Rahmen der Monopoltheorie kommt man dabei ganz gut ohne Wertgesetz aus und braucht sich speziell um die widersprüchliche Entfaltung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate nicht zu kümmern. In allen Fragen, die mit der Einschätzung der Entwicklungsdynamik des Kapitals und der bürgerlichen Gesellschaft zusammen hängen, lagen die Marxisten-Leninisten fast immer vollständig daneben, was diese selbsternannten weisen Führer der Arbeiterklasse aber niemals störte. Glaubensgemeinschaften brauchen eben keine Bestätigung ihrer Glaubenssätze in und durch die gesellschaftliche Praxis. Es sind dann halt immer böse Kräfte am Werk (zu Zeiten der Kominform und der Polemik über die Generallinie wurden diese bösen Kräfte regelrecht als kriminell dargestellt – nachzulesen etwa bei Kuczynski oder in der Polemik der chinesischen KP, etc.), die die Massen davon abhalten ihren „weisen Führern“ zu folgen.

In „schöpferischer“ Weiterentwicklung haben die Marxisten-Leninisten verschiedener Generationen den armen Engels missbraucht. Der schrieb im „Anti-Dühring“:

„Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung tritt an den Tag als Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.“ (Anti-Dühring, S. 253)

Man mag über diesen Kernsatz der Popularisierung der Marxschen Kapitalkritik immerhin streiten, aber er besagt etwas ganz anderes, als das, was im oben angeführten Zitat aus dem „Roten Morgen“ zum Ausdruck gebracht wird. Die „kapitalistische Aneignung“ mit „privatkapitalistischer Aneignung von Arbeiterzeugnissen“ zu übersetzen, dass kommt „wertfundamentalen Kritikern“ gerade Recht! Der Grundwiderspruch des Kapitals wird so nämlich tatsächlich zu einem der Verteilung! Die Engelssche Formulierung „kapitalistische Aneignung“ impliziert aber etwas anderes oder viel mehr, nämlich die Aneignung fremder Arbeit, lebendiger Arbeit und nicht bloß deren Erzeugnisse! (Die lebendige Arbeit ist der Gebrauchswert, den das Kapital sich aneignen muss.)

Dieser hier besprochene angebliche Grundwiderspruch des Kapitalismus geistert durch den Marxismus-Leninismus seit er in Kominterzeiten erdacht wurde. Er konstituiert zugleich einen Grundwiderspruch zwischen Marxismus und Leninismus, den die Marxisten-Leninisten nur nicht bemerken, weil ihnen das Marxsche Kapital letztlich ein Buch

An welche Tradition welche verwerfe

Robe



mit 7 Siegeln geblieben ist.

Seit Lenins politischer Streitschrift gegen den Imperialismus ist den sich Marxisten-Leninisten nennenden Leuten die Marxsche Kapitalkritik abhanden gekommen. (Sie war nicht Fortsetzung der Kritik der Politischen Ökonomie, markiert vielmehr in wesentlichen Aspekten einen Bruch damit!) Soweit in den 70iger und 80iger Jahren des letzten Jahrhunderts eine Rekonstruktion der Kritik der Politischen Ökonomie gelang, basiert sie wesentlich auf einer Rückbesinnung auf das „Kapital“ und einer Kritik aller Theorien über monopolistischen oder staatsmonopolistischen Kapitalismus.) Die Marxisten-Leninisten meinten, der „Konkurrenzkapitalismus“ sei durch den „Monopolkapitalismus“ ersetzt worden und interpretierten das Marxsche Kapital sozusagen als Zustandsbeschreibung des „Konkurrenzkapitalismus“, dass nun ergänzt werden müsse durch eine Zustandsbeschreibung des „Monopolkapitalismus“. An die Stelle des Wertgesetzes und seiner Durchsetzung trat die Herrschaft durch die Monopole und die „Tributzahlung“ an die Monopole. Mit diesen „Tributzahlungen“ an die Monopole verschwand die spezifische Form der kapitalistischen Ausbeutung aus dem Blickfeld usw. Das Monopol ist eine Tendenz der auf dem Wert beruhenden Produktionsweise. Es erwächst aus der Konkurrenz. Aber überall da, wo das Monopol sich durchsetzt, hört die Wir-

tionen anknüpfen und

m?

rt Schlosser



kung des Wertgesetzes auf. Würde das Monopol vorherrschend, hörte die spezifisch kapitalistische Produktionsweise auf.

Das marxsche Kapital hat aber nichts mit einer Zustandsbeschreibung irgendeines Kapitalismus in irgendeinem Stadium zu tun, es enthüllt vielmehr das „ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“, egal, in welchem Zustand sich diese Gesellschaft befindet. (Sollte jemand etwa meinen, mit Neoliberalismus und Privatisierung sei ein alter „Konkurrenzkapitalismus“ wieder zu Ehren gekommen, so wird er durch die aktuellen Entwicklungen, den zunehmenden Staatsinterventionismus, widerlegt werden. Was bleibt, ist das „prozessierende Verhältnis“, sein „ökonomisches Bewegungsgesetz“. Allein seine Erkenntnis gibt den radikalen Kritikern des Kapitals in ihrem Streben nach Vollendung der sozialer Emanzipation Orientierung.)

Selbstverständlich konnte Marx in seine Untersuchungen, wie das Wertgesetz sich durchsetzt, sich nur an das empirische Material halten, das seine Zeit lieferte. Er konnte nicht ahnen, dass einmal Leute kommen, die meinen seine Entdeckung dieses Gesetzes sei eben nur eine kritische Beschreibung der konkreten Umstände der Kapital-

reproduktion seiner Zeit. Hatte er doch seine Absicht in einem Vorwort zum „Kapital“ so deutlich zum Ausdruck gebracht.

Ein Verständnis des „Kapital“, wie ich es hier skizziert habe, macht zum einen deutlich den Anspruch auf Allgemeingültigkeit für alle Stadien kapitalistischer Vergesellschaftung. Es macht aber auch die Grenzen der Kritik der Politischen Ökonomie deutlich: „das ökonomische Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ gilt eben nur auf der Basis des von Marx gekennzeichneten Produktionsverhältnisses. Hört das System der doppelt freien Lohnarbeit auf, sei es durch Verstaatlichung wie im „Realsozialismus“, sei es durch Zwangs- bzw. Sklavenarbeit in der Nazi-Kriegswirtschaft, dann wirkt auch dieses Gesetz nicht mehr und wird untauglich zum Verständnis der anderen gesellschaftlichen Dynamik.

Alle Theorien von Monopolkapitalismus und Staatmonopolistischem Kapitalismus sind durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte (nicht nur wegen der Privatisierung.) ziemlich bloßgestellt. So etwas wie eine „fundamentale Wertkritik“, eine Rückbesinnung auf die Kritik des Wertverhältnisses, war also fällig, was den bescheidenen Erfolg von „Krisis“ etc. erklärt. Die Theorien von Monopolkapitalismus und Staatmonopolistischem Kapitalismus erklärten schließlich alles aus „Herrschaft“ bis hin zum boshaften Wirken „rechtsozialdemokratischer Kräfte“, inkl. krimineller Machenschaften, die das „revolutionäre Proletariat“ darin hinderten, das zu tun, was es eigentlich kraft seiner „historischen Mission“ immer tun wollte und will. (Es gibt da eindrückliche Belege aus der „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, oder aus Werken des „Klassenanalytikers“ Kuczynski.)

Marx bemerkt:

„Es ist ...natürlich, dass die wirklichen Produktionsagenten in diesen entfremdeten und irrationalen Formen von Kapital – Zins, Boden – Rente, Arbeit – Arbeitslohn sich völlig zu Hause fühlen, denn sie sind eben die Gestaltungen des Scheins, in welchem sie sich bewegen und womit sie ständig zu tun haben.“ (Kapital Bd. 3, S.838)

Eine solche auf den Mystifikationen von Ware, Geld und Kapital beruhende Erklärung des Denkens und der Verhaltensweisen von Lohnabhängigen liegt vollständig außerhalb des theoretischen Horizontes bolschewistischer Theorien über das Monopolkapital.

■ *Auszug aus seinem Artikel
„Kommunismus- was sonst?“*



TREND-Grundlagentexte zum Thema Krise

Eine Auswahl von der Seite „Zur Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie Texte zur Einführung und Diskussion“

<http://www.trend.infopartisan.net/litlisten/poloek/index.html>

Herbert Bartik: Zur allgemeinen Krise des Kapitalismus - Der Staat und das Budgetdefizit

Hans-Peter Büttner: Kredit, Kapital und Krise - Von der Überakkumulation des Kapitals zur aktuellen Krise des Geldes

Florian Beck: Ein ganz normaler Verlauf - Die Krise im funktionierenden Kapitalismus

Wal Buchenberg: Kapitalistische Krisen

Gruppe Internationaler SozialistInnen: Die Subprimekrise - Eine marxistische Analyse

Michael Heinrich: Geld, Kredit und Krise

Klaus Hermann: Kapitalakkumulation und Krise

Jörg Huffschmid: Finanzmärkte und Finanzkrisen

initiative menschliche emanzipation: Der Krisenprozess des Kapitals

Daniel Ittermann: Kapitalismus und Krise

Klaus Peter Kisker: Die Krise des Regulierungssystems

Kommunistische Arbeiterzeitung: Historisches zur Krisentheorie - Allgemeine Krise, zyklische Krise und Börsenkrach

Karl Korsch: Drastischer Widerspruch zwischen Theorie und Praxis - Über einige grundsätzliche

Voraussetzungen für eine materialistische Diskussion der Krisentheorie

Hans-Jürgen Krahl: Produktion und Klassenkampf - Zum Problem der Marxschen Krisentheorie

Leo Mayer, Fred Schmid, Conrad Schuhler: Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen der Globalisierung und neoliberaler Angebotstheorie

Anton Pannekoek: Neue Krisen und neue Kämpfe - Die Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus

Franz Schandl: Die Krise bei Marx

Wildcat: Krisentheorien

TREND-Texte aus der aktuellen Krisendebatte

Woher kommt die kapitalistische Krise?

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0309/t590309.html>

Die Linksverteidiger des Kapitals in der Wirtschaftskrise

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0309/t460309.html>

Wie kann die Wirtschaftskrise bekämpft werden?

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0309/t440309.html>

Fundamentaler Krisenprozess

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0209/t180209.html>

Finanz- und Wirtschaftskrise

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0209/t190209.html>

Mythos Finanzmarktkrise

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0109/t390109.html>

Bereit für stürmische Zeiten?

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0609/t080609.html>

Globale Krise – Globale Proletarisierung –

Gegenperspektiven

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0109/t320109.html>

Every Bank is a Bad Bank

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0509/t370509.html>

Anno 2009: Wirtschafts – und Finanzkrisen!

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0509/t460509.html>

Die Jagd nach dem Extraprofit und die Notwendigkeit von neuen Produktionsverhältnissen

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0409/t260409.html>

Nur wer das Ziel kennt, findet den Weg!

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0409/t440409.html>

8 Thesen über Krise

<http://www.trend.infopartisan.net/trd0409/t470409.html>

40 Jahre Septemberstreiks

1969: Wilde Streiks an Rhein und Ruhr, in Kiel, Bremen, Osnabrück, im Saarland, in der Oberpfalz und Westberlin

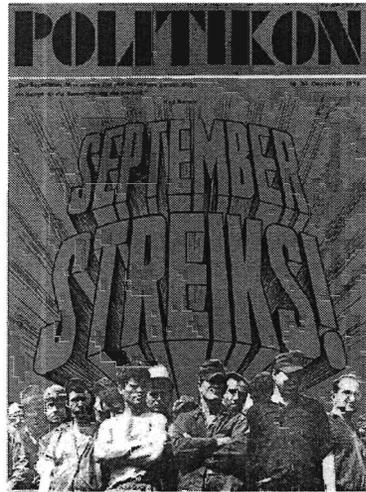
Zur Vorbereitung der TREND-Veranstaltungsreihe „40 Jahre Septemberstreiks“ im Herbst 2009 werden wir ab der Nr. 7/8-09 Texte und Einschätzungen unmittelbar aus der Zeit nach den Streiks 1970-72 dokumentieren. Hier ein erster Leseauszug:

Man kann grob zwei Arten von Streikenden unterscheiden: Eine große Gruppe von Streikenden beschließt nicht mehr zu arbeiten und beginnt zu diskutieren und durch das Werk zu ziehen. Das setzt eine relativ große Kommunikationsmöglichkeit unter den einzelnen Arbeitern voraus. Eine andere Gruppe von Streiks wird durch eine bestimmte, meist genau festzumachende Gruppe von Arbeitern ausgelöst. Beispiel dafür sind die meisten Streiks im Steinkohlebergbau. Für andere Branchen gilt es jedoch auch. Bei Rheinstahl (Schalker Verein) waren es zum Beispiel die Handwerker, bei Mannesmann (Huckingen) die Profilmwalzer oder bei Klöckner (Bremen) beginnt der Streik im Kaltwalzwerk. Eine Ausnahme machen hier lediglich bei Hoesch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in Dortmund: Hier haben sie praktisch den Streik initiiert. Nachdem die Direktion die Forderung des Betriebsrats um eine Erhöhung um 20 Pfg. abgelehnt hatte, informierte der Betriebsrat die Vertrauensleute, die daraufhin durch den Betrieb zogen.

Die Streikziele wurden zum Teil von den Arbeitern während des Streiks entwickelt. Zum Teil standen bereits Forderungen fest, wie im Steinkohlebergbau oder bei Hoesch. Hier sollten durch die Streiks die Verhandlungen beeinflusst werden und den Forderungen mehr Nachdruck verliehen werden. Die Forderungen wurden in allen Fällen noch weiterentwickelt. Ohne auf vorhergehende konkrete Verhandlungen rekurren zu können wurden zum Teil Forderungen spontan und neu entwickelt, wie etwa bei Rheinstahl, im Schalker Verein, bei Klöckner in Osnabrück oder in Howaldt in Kiel. Hier wirkten meist vorhergehende, erfolgreich abgeschlossene Streiks als Katalysatoren, etwa bei Rheinstahl („Was Hoesch kann, können wir auch“), so im Schalker Verein oder bei Klöckner. Beim letzteren und besonders bei Howaldt spielten jedoch noch andere, betriebsspezifische Gründe eine Rolle (Angleichung an Hambrug bei Howaldt).

KOMMUNIKATION

Bevor man auf die Streik- und die Organisationsformen im einzelnen eingehen kann, müssen kurz die Kommunikationsstrukturen erwähnt werden, wobei jedoch Aussagen unspezifisch bleiben müssen, weil genauere Angaben nicht vorliegen. Generell kann gesagt werden, daß die Kommunikationsmöglichkeiten innerhalb des Stahlbereichs wesentlich grö-



ßer sind als im Steinkohlebergbau. Die Bergarbeiter sind wesentlich mehr voneinander abgetrennt während ihrer Arbeit als das in anderen Bereichen der Fall ist. Lediglich vor und nach der Arbeit kommen sie kurz zusammen, eine Kommunikation während der Pausen geschieht nur sehr sporadisch.

Diese Kommunikationsstrukturen machten sich auch während des Streiks bemerkbar. Während im Stahlbereich die Mobilisierung viel schneller erfolgte, und man auch sehr schnell zu Streikversammlungen kam, war der Informationsgrad unter den Bergarbeiter relativ schlecht; auch während des Streiks kam es kaum zu Streikversammlungen, lediglich zu Demonstrationen innerhalb und außerhalb der Werke.

Eine Kommunikation der Betriebe untereinander erfolgte nur sehr sporadisch, Fehlinformationen häuften sich deshalb. Wenn überhaupt miteinander Kontakt bestand, dann nur innerhalb der einzelnen Konzerne (etwa Klöckner, Ruhrkohle AG, Rheinstahl). Hierbei ist jedoch kein Unterschied zwischen Stahl und Steinkohlebereich festzustellen. Die Bergarbeiter zogen — besonders im Ruhrgebiet von Zeche zu Zeche um sich zusammenzuschließen, diese Verbindung ging aber nicht über die Grenzen der Konzerne hinaus.



EINE KLEINE STADT
IM RUHRGEBIET...
ALLES IST RUHIG...

DIE GESCHÄFTE

ERSTEN
ZWEITEN
DREITEN
VIERTEN
FÜNFTEN
SECHSTEN
GEHT
ES
SCHRECKLICH
SCHLECHT

DIE BOSSBÜROS



ABER PLÖTZLICH...

HAST DU
SCHON
GEHÖRT?

IM ZWEIFWERK
WIRD MEHR
GEZAHLT...



WAS TUT DIE
GEWERKSCHAFT
??



NICHTS!



WIR MÜSSEN
WAS TUN!

WAS KANN MAN
DENN DA TUN?

DA GIBT
ES DOCH
WAS..

STREIK

AUF BIEGEN
UND...
BRECHEN

BESETZT
DIE
FABRIKEN



DAS GEHT JA NICHT!!



WIR
SICHERN
DOCH DEN
FORTSCHRITT
!!

DRMIT JHR
UNS WEITER
AUF DEN
LEIM GEHT...



WIR VER-
TRETEN
DOCH
EURE
INTERESSEN
!!!

DRMIT JHR
SIE NICHT
SELBST
VERTRETET...

WIR BE-
STIMMEN
DOCH MIT!
!!!

DRMIT JHR
NICHT
SELBST
BESTIMMT...



ABER...

NEIN!

WIR WOLLEN
NICHT MEHR
DIRIGIERT WERDEN



WIR MACHEN JETZT



SELBST-
ORGANISATION